

Landtag Brandenburg 24. März 2021

TOP 9. Nach der Ablehnung durch die Europäische Kommission: Minority SafePack-Initiative für mehr Minderheitenrechte muss weiter Gegenstand europäischer Politik sein

**Antrag der Fraktion DIE LINKE und der BVB / FREIE WÄHLER Fraktion
Drucksache [7/3143](#) (2. Neudruck)**

Rede der Sprecherin für Minderheitenpolitik Kathrin Dannenberg :

Anrede,

Der eine oder die andere mag das Foto kennen:

Mai 2013, am Rande des Kongresses der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUEN) steigen im Zentrum von Brixen - Südtirol - Hunderte bunte Luftballons zum Himmel auf.

Die Vertreterinnen und Vertreterinnen der dort versammelten Minderheiten signalisieren auf diese Weise:

Hier sind wir ...

Wir sind 50 Millionen ...

Wir sprechen rund 60 Regional- und Minderheitensprachen ...

Wir -als nationale Minderheiten gehören zur Identität der Europäischen Union ...

Wir erwarten von der EU mehr Unterstützung für den Erhalt unserer, teilweise vom Aussterben bedrohten Sprachen.

Ein deutliches Signal aus Brixen.

Die Minderheiten verbanden damit die Hoffnung, dass sie zeitnah mit der Sammlung von Unterschriften für die Europäische Bürgerinitiative „Minority SafePack - eine Million Unterschriften für Vielfalt in Europa“ beginnen können.

Aber schon damals machte die Europäische Kommission den Minderheiten einen Strich durch die Rechnung.

Sie meinte, die Europäische Bürgerinitiative sei nicht zulässig.

Blockade angesagt!

Erst zwei Gänge zum Europäischen Gerichtshof in Luxemburg schafften Klarheit.

Der Gerichtshof urteilte zugunsten der Bürgerinitiative, die Kommissionsentscheidungen wurden für nichtig erklärt.

Darüber vergingen aber mehrere Jahre - verlorene Zeit für mögliche EU-Entscheidungen.

Die Initiative konnte erst im Mai 2017 starten. Der Startschuss erfolgte beim FUEN-Kongress im rumänischen Siebenbürgen.

Was wollte die Initiative?

Die EU sollte eine Reihe von Rechtsakten verabschieden, mit denen der Schutz für Angehörige nationaler und sprachlicher Minderheiten verbessert sowie kulturelle und sprachliche Vielfalt in der Union gestärkt werden sollten.

Es ging um Sprachenpolitik,
Bildung, Kultur, Regionalpolitik,
Partizipation, Gleichheit,
Medienpolitik sowie Förderpolitik.

Wer im minderheitenfreundlichen Brandenburger Landtag konnte da was dagegen haben?

Das fragten auch wir uns als rot-rote Koalition Anfang 2018 und brachten zunächst zusammen mit den Grünen und dann auch mit der CDU folgenden Punkt zur Abstimmung:

„Vor dem Hintergrund seiner eigenen Bemühungen um die Stärkung der Rechte der in Brandenburg lebenden anerkannten nationalen und Sprachminderheiten unterstützt der Landtag die Europäische Minority Safepack Initiative. Er teilt den Ansatz der Initiative und fordert die Europäische Union auf, den Schutz für Angehörige von nationalen Minderheiten und Sprachminderheiten durch gezielte Maßnahmen ... zu bewahren.“ Der Landtag bat die Brandenburgerinnen und Brandenburger, die Minority Safepack Initiative mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Ich weiß ja nicht, was Ihre Parteien nach dem Beschluss getan haben? Als LINKE haben wir mehrere hundert Unterschriften für die MSPI gesammelt, unter anderem auf unserem Landesparteitag. Auch mehrere Mitglieder der Landesregierung, nicht nur LINKE, haben die Initiative unterstützt.

Die Europäische Kommission hatte wohl anscheinend über all die Jahre die Hoffnung: Mehr als eine Million Unterschriften - das schaffen die nie! Doch es wurde geschafft, dank auch vieler Unterstützer*innen aus den Mehrheitsbevölkerungen. Im April 2018 lagen über eine Million (1.128.385) Unterschriften vor, mehr als notwendig. Danach prüfte die Kommission den Inhalt des Bürgerbegehrens. Für Januar 2021 war die Stellungnahme der Europäischen Kommission angekündigt.

Vor diesem Hintergrund haben

erst der Deutsche Bundestag - einstimmig -

und dann das Europäische Parlament - mit Dreiviertel-Mehrheit -

die Kommission aufgefordert, sich der Anliegen der nationalen Minderheiten anzunehmen.

Vielen Dank in diesem Zusammenhang an unsere ehemalige Kollegin Sylvia Lehmann aus der SPD-Fraktion, die sich im Deutschen Bundestag für diesen Beschluss eingesetzt hat. Und danke auch an die Brandenburger Unterstützer*innen im Europäischen Parlament.

Und dennoch trat das ein, was kaum jemand - gerade wegen der EuGH-Urteile - erwartet hatte:

- ! Die Europäische Kommission wehrte die Bürgerinitiative erneut ab. Auf vielen Seiten Papier, aber mit sehr fadenscheinigen Argumenten!
- ! Wie das bei den Betroffenen ankam, kann man in der ausführlichen Stellungnahme ablesen, die die Gruppe der Initiator*innen der MSPI (Bürgerkomitee) am 21. Januar 2021 an Kommissionspräsidentin von der Leyen und Vizepräsidentin Jourová übermittelt hat:

„Wir sind auch über das Notwendige hinausgegangen, als wir die Unterstützung nationaler und regionaler Regierungen und Gesetzgeber gesucht und erhalten haben, um den starken öffentlichen Rückhalt für unsere Initiative in ganz Europa hervorzuheben, damit die Kommission sicher sein kann: Es ist nicht nur eine große Mehrheit des Europäischen Parlaments, die uns unterstützt. Trotz der Schwierigkeiten, die die Pandemie mit sich brachte, ist uns dies im Fall des deutschen Bundestags, der Zweiten Parlamentskammer der Niederlande, des ungarischen Parlaments, der Landtage von Schleswig-Holstein, Niedersachsen und Brandenburg, des Landtags der Autonomen Provinz Bozen-Südtirol und des friesischen Parlaments gelungen.

Umso erstaunter waren wir über die völlige Ablehnung der Europäischen Kommission, die offenbar mehr Wert darauflegte, eine Liste von bestehenden Maßnahmen und Projekten zu erwähnen, die oft in keiner Weise mit den Zielen der EBI in Verbindung stehen, um die Vorschläge als überflüssig abzutun, statt die Initiative genau zu prüfen und auf die Anliegen der InitiatorInnen einzugehen ... Das Prinzip der guten Verwaltung hätte bedeutet, konkret und proaktiv auf die Anliegen der InitiatorInnen, UnterzeichnerInnen und BürgerInnen einzugehen. Die Kommission hätte dies entweder mit den von uns geäußerten Maßnahmen tun können oder mit jedem anderen Mittel, das sie als Ergebnis einer soliden Bewertung für am geeignetsten gehalten hätte.

Auch die Reichweite an Maßnahmen, die die Kommission zum Schutz und zur Förderung von Angehörigen nationaler und sprachlicher Minderheiten ergreifen kann, wurden von der Kommission falsch eingeschätzt, wobei die Entscheidung des Gerichtshofs der Europäischen Union über die grundsätzlichen Kompetenzen der Kommission in den Bereichen des Minority SafePack völlig ignoriert wurde. Darüber hinaus sind die Argumente, die die Kommission zur Rechtfertigung ihrer mangelnden Weiterverfolgung anführt, in vielen Bereichen nicht stichhaltig.“

Gemeinsam mit der Europäischen Bürgerinitiative und vielen Engagierten in europäischen Regionen wollen wir als LINKE und sollte dieser Landtag Brandenburg nicht aufgeben. Deshalb haben wir diesen Antrag gemeinsam mit BVB /Freien Wählern gestellt.

Hinzu kommt:

Das Parlament der Provinz Frysland (Niederlande) und

der Landtag von Südtirol (Italien) haben sich deutlich gegen das Kommissionsvotum positioniert.

Ähnliche Anträge werden in mehreren Regionalparlamenten noch diskutiert, u.a. auf Antrag der SPD in Schleswig-Holstein. Dort ist auch der CDU-Ministerpräsident Daniel Daniel Günther sehr engagiert.

In Sachsen setzt sich der Christdemokrat und Sorbe Marko Schiemann für einen Landtagsbeschluss ein.

Der Europäische Ausschuss der Regionen hat sich am 5. Februar 2021 mit der Kommissionsentscheidung befasst - etliche Mitglieder haben Berichten zufolge ihre Empörung über die Mitteilung der Kommission zum Ausdruck gebracht.

Im Bundestag soll zeitnah auch über die MSPI-Entscheidung diskutiert werden.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der Koalitionsfraktionen,

auch wenn Sie sich nicht durchringen konnten, diesen Antrag mit einbringen: Stimmen jetzt unserem Antrag zu.

Eine Ablehnung wäre - nach dem Votum von 2018 - ein fatales Signal und zudem eine Blamage für dieses Parlament, das in den vergangenen Jahren immer engagiert für die Rechte der autochthonen Minderheiten gestritten hat!

Und zwar, und darauf können wir stolz sein, fraktionsübergreifend.